



Politik übernimmt Verantwortung für Integration: Sitzung des neuen Landesbeirats für Migration und Integration

Auftrag Integrationspolitik

Gedanken zu einem vorwärts gewandten Jubiläum. Von Professor Hans H. Reich

Integration ist eine Sache der Gesellschaft insgesamt, der Gesellschaft, die sich integrieren will. Sie ist eine Aufgabe, die das Alltagshandeln im sozialen Nahbereich ebenso betrifft wie die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Einrichtungen des Staates. Im folgenden Beitrag wird es um Einrichtungen des Staates in diesem Gefüge gehen, zentral um eine ganz bestimmte Einrichtung, die Beauftragte nämlich der Landesregierung für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz, deren zwei Dezennien das Thema im vorliegenden „Treffpunkt“ sind.

Was bedeutet es in diesem Zusammenhang, „beauftragt“ zu sein? Es scheint, dass die Politikwissenschaft noch wenig darüber zu sagen weiß, wie und wozu das Instrument der Beauftragung das Handeln von Regierungen erleichtert, erweitert oder ersetzt. Mehr als eine laienhafte Betrachtung

eines teilnehmenden Beobachters kann also nicht versprochen werden.

Sieht man auf die Palette der tatsächlichen Beauftragungen in Bund und Ländern – von der deutsch-französischen Freundschaft über die Informationsfreiheit und die Belange der Patientinnen und Patienten bis hin zur Menschenrechtspolitik, um nur einige wenige Beispiele zu nennen – dann drängt sich zunächst der Eindruck einer gewaltigen Heterogenität auf. Nach dem gemeinsamen Nenner muss offenbar erst einmal gesucht werden. Es ist nicht (was in der Wortbedeutung von „Auftrag“ stecken könnte) die Kurzfristigkeit einer Aufgabe, die zur politischen Beauftragung führt, das zeigen schon die eben genannten Beispiele. Zwar könnte man bei der politischen Bearbeitung von Migrationsfolgen den Verdacht hegen, es hätte zumindest anfangs eine Vorstellung vom Vorübergehen des Problems

eine Rolle gespielt, aber das ginge an den historischen Tatsachen vorbei. Stellen von Ausländerbeauftragten wurden seit Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre gerade aufgrund der Einsicht erstmals eingerichtet, dass das Rotationsmodell der Arbeitseinwanderung auf der ganzen Linie versagt hatte und unhaltbar geworden war.

Es müssen andere Vorstellungen gewesen sein, die dazu geführt haben, die Bewältigung der anstehenden Integrationsaufgaben in dieser Weise zu organisieren. Mit Sicherheit lag die Vorstellung zugrunde, dass es sich um eine politische Aufgabe handelt (sonst hätte man sie den Verbänden und Vereinen überlassen). Vielleicht spielte aber auch die Vorstellung eine Rolle – noch herrschte die Ideologie vom Nichteinwanderungsland – dass es sich um eine heikle, widersprüchliche Aufgabe handelt (sonst hätte man sie zur Chefcarhe gemacht).



Im direkten Austausch: R. Graßhoff (2.v.l.) beim Besuch von NGOs im Ministerium